Ärzte bitten Bürger um Hilfe

GESUNDHEITSPOLITIK Bamberger Hausärzte und der Ärztliche Kreisverband warnten auf dem Maxplatz mit drastischen Worten vor den Folgen einer „integrierten Versorgung".

VON UNSEREM MITARBEITER **HARALD RIEGER**

Bamberg – „Die Änderungen in der Gesundheitspolitik werden uns als Reformen verkauft. In Wirklichkeit sind es nur Einschnitte, die mehr Bürokratie brachten, und weniger Zeit für die Versorgung der Patienten", wetterte Georg Knoblach. Als Vorsitzender des Ärztlichen Kreisverbandes Bamberg sprach auch er Tacheles bei der gut besuchten Informationsveranstaltung, die die Mediziner am Samstag auf dem Maxplatz durchführten.

Auch andere Redner forderten die Bürger auf, sich gemeinsam mit den Ärzten zu wehren, ehe es zu spät ist. Sie appellierten an die Menschen, den Politikern bei den nächsten Wahlen zu zeigen, was sie von dieser Gesundheitspolitik halten.

Wie wichtig der freiberufliche Status für die Ärzte sei, unterstrich der Orthopäde Dr. Klaus Wilke. Der Begriff „Medizinisches Versorgungszentrum" klinge zwar schön, dahinter verberge sich aber ein anonymes Behandlungssystem, das darauf ausgelegt sei, Gewinne zu bringen. Der Patient könne dort nicht mehr entscheiden, zu welchem Arzt bzw. in welche Klinik er wolle.

Anschaulich setzten Beteiligte den „Tod des freien Arztes" in Szene, den Allgemeinmediziner Stephan Barthel mimt. Über ihn beugen sich (von links) Hausarzt Dr. Hubert Metzner, der Allgemeinmediziner Dr. Thomas Fugmann, und die Autorin Renate Hartwich. Foto: Harald Rieger

„Der Altersdurchschnitt der Allgemeinärzte liegt derzeit bei rund 59 Jahren."

DR. HUBERT METZNER

Dr. Hubert Metzner, der Obmann der Bamberger Ärzte, beklagte den Niedergang der Hausärzte. Noch seien es in der Stadt Bamberg 61 und 77 im Landkreis. Doch werde ihre Zahl bald deutlich sinken: „Der Altersdurchschnitt der Allgemeinärzte liegt derzeit bei rund 59 Jahren. Viele der älteren werden sich bald zur Ruhe setzen und der Nachwuchs fehlt einfach." Das liegt nach seinen Worten vor allem an den durch die Gesundheitspolitik geprägten Arbeitsbedingungen. Wer wolle schon für 45 Euro Fallpauschale einen Patienten drei Monate lang versorgen oder für 15 Euro Hausbesuche rund um die Uhr machen. Zudem zwängen Gesetze den Arzt dazu, notwendige Maßnahmen am Patienten immer weiter einzuschränken – wer sich darüber hinweg setzt, müsse mit Sanktionen rechnen. Metzner zu den Zuhörern auf dem Maxplatz: „Wenn wir aber wollen, dass es auch weiterhin einen Hausarzt gibt, der Ansprechpartner für die ganze Familie ist, der Tag und Nacht für seine Patienten da ist und der stets für das Wohl seiner Patienten kämpft, dann müssen wir endlich bei der nächsten Wahl ein klares Zeichen setzen bzw. den Verantwortlichen klar machen, wie wichtig uns die Hausärzte sind."

Kritik am Gesundheitssystem kam auch von Seiten der Arzthelferinnen und Patienten. Pia Funk vom Berufsverband für medizinische Fachangestellte sieht die Arbeitsplätze von rund 5000 Arzthelferinnen im Raum Bamberg durch weitere Kosteneinsparungen in Gefahr.

„Nur die Ökonomie zählt"

Kein Blatt vor den Mund nahm sich die Autorin und Begründerin der Initiative „Patient informiert sich", Renate Hartwig. „Alle zwei Jahre gibt es neue Gesundheitsreformen. Jede Reform bringt neue Kostenbelastungen für den Bürger und vermindert gleichzeitig die Leistungen", sagte sie. Bürger erhielten für horrende Kassenbeiträge nur noch die allernötigsten Gesundheitsleistungen, chronisch Kranke müssten um Medikamente betteln und Hausärzte würden systematisch in den Ruin getrieben werden. Laut Hartwig ist dies von der Politik so gewollt und geplant. Das deutsche Gesundheitssystem solle von Grund auf so umgebaut werden, „dass wir es in wenigen Jahren nicht wieder erkennen werden". Ärzte sollten nach amerikanischem Vorbild zu „ferngesteuerten Gesundheitstechnikern im Dienst börsennotierter Kapitalgesellschaften" werden, und aus dem Patienten von heute werde der Kunde dieser Firmen. Sie rief die Patienten zum Schulterschluss mit den Ärzten auf und appellierte an die Bürger, sich gegen das „Privatisieren um jeden Preis" zu wehren. Hartwig forderte die Bürger auf, die Politiker da zu packen, wo es ihnen weh tue: nämlich an der Wahlurne. Sie lud zudem zu einer Großkundgebung am 7. Juni im Münchener Olympiastadion unter dem Motto „Nein zur Gesundheitspolitik der Regierung" ein.

Mehr im Netz

www.patient-informiert-sich.de